

## **A N T R A G**

**der Abgeordneten Thomas Reich, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Krzysztof Walczak, Marco Schulz und Olga Petersen (AfD) vom 01.02.2023**

### **Betr.: Energiekostenexplosion stoppen – Bürger und Wirtschaft entlasten**

Die exorbitant hohen Energiepreise belasten seit Monaten alle Hamburger Bürger. Vom Privathaushalt über mittelständische Unternehmen bis hin zur Großindustrie – jeder leidet unter den Preisen für Gas, Erdöl, Strom und Kraftstoffen. Verstärkt wurde die Preissteigerung durch den Konflikt in der Ukraine. Die von der Bundesregierung verfügbaren Sanktionen zogen Verknappungseffekte nach sich und trieben die Energiepreise auf ein Rekordniveau.

Der größte Teil der Energiepreise beruht jedoch auf politisch gewollten Steuern. Die Steuern und Abgaben machen einen großen Teil des Strompreises aus. Die Höhe der Stromsteuer (7 %), die Mehrwertsteuer (19 %) und die Abgaben (ca. 8,2 % für Abgaben nach der Verordnung zu abschaltbaren Lasten, Offshore-Netzumlage usw.) beruhen auf politischen Entscheidungen. Die Zeche zahlt der Endverbraucher.

Die EEG-Steuer ist weggefallen. Die Anschaffung und der Betrieb der Anlagen der volatilen Energieerzeugung wird jedoch gemäß den Bundesgesetzen weiterhin hoch subventioniert. Jeder Windkraftanlagenbetreiber, jeder Solaranlagenbesitzer erhält eine (vormals mit der EEG-Umlage finanzierte) Einspeisevergütung entsprechend den bei Inbetriebnahme geltenden gesetzlichen Vorgaben. Die Höhe der Subventionen für die volatile Energieerzeugung bleibt nach wie vor gleich. Der Bürger zahlt die EEG-Subventionen weiterhin, jetzt nicht über die Stromrechnung, sondern nun aus dem allgemeinen Bundeshaushalt.

Nur ca. 20 % des Preises beruhen auf Einkauf, Erzeugung und Bereitstellung.<sup>1</sup>

Auch die Preise für Benzin und Diesel sollen mit der Energie- und CO<sub>2</sub>-Steuer eine Lenkungswirkung erzeugen. Bürger sollen auf den Kauf von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren verzichten zugunsten von vorgeblich „klimafreundlichen“ Verkehrsmitteln wie insbesondere batteriebetriebenen Autos. Die hinter solchen politischen Absichten stehenden Annahmen sind fragwürdig. Keineswegs sind batterie- und strom-

---

<sup>1</sup> <https://www.weka.de/energie/wie-setzt-sich-der-strompreis-zusammen/>

betriebene Autos gegenüber Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren umweltschonender. Für den Betrieb von batterieabhängigen Autos ist ein höchst umweltschädlicher Rohstoffabbau nötig, der in den „CO<sub>2</sub>-footprints“ keinesfalls berücksichtigt wird. Das überwiegend gleichzeitige Laden der Auto-Batterien in den Abendstunden führt ebenso wie das massenweise gleichzeitige Betreiben von Heizlüftern zu Problemen der Stromversorgung.<sup>2</sup>

In aller Regel wird das Batterie-Auto mit Strom aus fossilen Energieträgern geladen. Solar- und Windkraftstrom steht jahreszeitlich nur begrenzt zur Verfügung. Beispiel: am 9. Dezember 2022 um 17.00 Uhr verbrauchte Deutschland 75,25 Gigawatt. Konventionelle Kraftwerke (Braun-, Steinkohle-, Kern- und Gaskraftwerke) lieferten 63,64 Gigawatt, Wind (onshore) 2,65 Gigawatt, Wind (offshore) 2,26 Gigawatt, Wasserkraft 1,64 Gigawatt, Biomasse 5,65 Gigawatt und Solar Null Gigawatt.<sup>3</sup>

Es ist zweifelhaft, ob sich durch einen politisch forcierten Umstieg tatsächlich ein relevanter Einfluss auf die Entwicklung des Klimas in Hamburg, Deutschland oder gar weltweit einstellt. Unzweifelhaft zeigen sich die negativen Auswirkungen der politisch gewollten Kraftstoffverteuerung auf alle Haushalte und die Wirtschaft. Die hohe Kraftstoffbesteuerung bringt zahllose Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, an ihre finanziellen Grenzen und belastet gerade die mittelständische Wirtschaft.

Neben der direkten Belastung durch hohe Kraftstoffpreise trifft die Inflation besonders Familien und einkommensschwache Haushalte. Die Inflationsrate betrug im Oktober 2022 10,4 %.<sup>4</sup>

Die polnische Regierung hat jüngst als Programm gegen die Inflation die Kraftstoffsteuer abgesenkt, um Bürger und Unternehmen zu entlasten.<sup>5</sup>

Die finanzielle Belastung durch die hohen Preise ist für immer mehr Menschen nicht mehr zu tragen. Familien, die naturgemäß einen höheren Stromverbrauch haben, Haushalte mit niedrigem Einkommen und auch energieintensive Unternehmen sind betroffen. Hohe Energiekosten befördern die Abwanderung von Unternehmen, die in anderen Ländern deutlich günstigere Preisbedingungen vorfinden.

---

<sup>2</sup> [https://www.focus.de/auto/ratgeber/kosten/netzueberlastung-droht-ziehen-viel-mehr-strom-als-heiz-luefter-wird-elektroautos-bald-der-strom-abgestellt\\_id\\_133702376.html](https://www.focus.de/auto/ratgeber/kosten/netzueberlastung-droht-ziehen-viel-mehr-strom-als-heiz-luefter-wird-elektroautos-bald-der-strom-abgestellt_id_133702376.html)

<sup>3</sup> [https://www.agora-energiewende.de/service/agorameter/chart/power\\_generation/09.12.2022/09.12.2022/today/](https://www.agora-energiewende.de/service/agorameter/chart/power_generation/09.12.2022/09.12.2022/today/)

<sup>4</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1045/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-veraenderung-des-verbraucherpreisindexes-zum-vorjahresmonat/#:~:text=Im%20Dezember%202022%20sind%20die,noch%201%2C4%20Prozentpunkte%20h%C3%B6her.>

<sup>5</sup> <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/2022/01/polen-benzin-diesel-mehrwertsteuer-senkung-tanken.html>

2021 wurden 26,8 % des Primärverbrauches durch Erdgas gedeckt.<sup>6</sup> Die Erdgasspeicher Deutschlands waren Mitte Dezember zu 88 % gefüllt.<sup>7</sup> Sie würden einem erneuten Kälteeinbruch nur wenige Wochen für eine Versorgung ausreichen.

Nach dem Willen der Bundesregierung soll eine Kompensation durch Import von Flüssiggas (LNG) erreicht werden. LNG wird im Ausland umweltschädigend durch Fracking gewonnen, was in Deutschland noch verboten ist.

LNG muss aufwändig über lange Strecken per Schiff transportiert werden. Durch die notwendige Umwandlung der Aggregatzustände geht viel Energie verloren. Das verteuert LNG erheblich. Das erste deutsche LNG-Terminal in Wilhelmshaven wurde relativ zügig fertig gestellt, weil das Spezia Schiff Höegh Esperanza verfügbar war. Australien hatte das FSRU-Schiff (Floating storage and regasification unit) wegen der gravierenden Umweltbelastungen nicht akzeptiert.<sup>8</sup>

LNG wird bei minus162°C transportiert. Um es nutzbar zu machen, wird es mit einem Wärmetauscher erwärmt, der im Gegenzug von der Höegh Esperanza in Wilhelmshaven jetzt täglich 500.000 Liter Meerwasser um 7°C abkühlt und mit Chlor versetzt, was bisher unabsehbare Folgen für das Wattenmeer haben wird. Das hochgiftige Bi-zid Chlor ist erforderlich, damit sich im Wärmetauscher und in den Leitungen keine Muscheln oder andere Lebewesen ansiedeln.

Für diese Umweltverschmutzung zahlt der Steuerzahler als Miete für die Höegh Esperanza täglich 200.000 Euro.<sup>9</sup>

Hinzu kommt der Ausstieg aus der Kohleverstromung und der gleichzeitige Ausstieg aus dem Betrieb von Kernkraftwerken. Folge dieser Ausstiegspolitik ist eine größere Abhängigkeit von Energieimporten. Infolge des „Atomausstiegs“ sollen im April 2023 die drei letzten aktiven deutschen Kernkraftwerke vom Netz gehen.

Volatile Energieerzeugung ist nicht grundlastfähig. Jede zusätzliche Windkraftanlage geht mit einer erheblichen Schädigung der Natur und Kulturlandschaften einher und jede zusätzliche Solaranlage beeinträchtigt die Netzstabilität.

---

<sup>6</sup> [https://www.bdew.de/media/documents/Jahresbericht\\_2021\\_UPDATE\\_Juni\\_2022.pdf](https://www.bdew.de/media/documents/Jahresbericht_2021_UPDATE_Juni_2022.pdf)

<sup>7</sup> <https://www.forbes.com/advisor/de/energie/gas/gasspeicher-fuellstand-deutschland/>

<sup>8</sup> <https://www.morgenpost.de/politik/article236649483/lng-schiff-australien-chlor-belastung-umwelt.html>

<sup>9</sup> [https://www.focus.de/finanzen/news/import-von-fluessiggas-mietkosten-200-000-euro-pro-tag-der-deutsche-gas-plan-mit-schwimmenden-terminals\\_id\\_96733556.html](https://www.focus.de/finanzen/news/import-von-fluessiggas-mietkosten-200-000-euro-pro-tag-der-deutsche-gas-plan-mit-schwimmenden-terminals_id_96733556.html)

Es fehlt der politische Wille für eine technologieoffene Forschung. Die Energiepolitik muss klug, vorausschauend und ohne ideologische Scheuklappen erfolgen. Die Energiepolitik muss sich an Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Sozialverträglichkeit sowie an einer guten Umweltbilanz der Energiegewinnung orientieren.

Die deutsche Bundesregierung betreibt „die dümmste Energiepolitik der Welt.“<sup>10</sup> Jetzt müssen sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden, um gegenzusteuern.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen, dass der Senat aufgefordert wird:

1. sich auf Bundesratsebene für die Senkung der Mehrwertsteuer generell auf den EU-Mindestsatz einzusetzen, insbesondere für alle energieerzeugenden Kraftstoffe und Strom,
2. sich auf Bundesratsebene dafür einzusetzen, dass § 9 des Einkommensteuergesetzes im Sinne einer spürbaren Erhöhung der Entfernungspauschale rückwirkend zum 1. Januar 2023 geändert wird,
3. sich auf Bundesratsebene dafür einzusetzen, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer auf alle fossilen Kraftstoffe unverzüglich abgeschafft wird,
4. sich auf Bundesratsebene für die Aussetzung der Stromsteuer einzusetzen,
5. sich auf Bundesratsebene für eine Harmonisierung der Netzentgelte und dabei für die Berücksichtigung grundlastfähiger Energieträger einzusetzen,
6. sich auf Bundesratsebene für den langfristigen Betrieb aller in Deutschland betriebenen Kernkraftwerke sowie für die Wiederinbetriebnahme der zuletzt vom Netz genommenen Kernkraftwerke einzusetzen,
7. die Subventionierung volatiler Energieerzeugung einzustellen,
8. sich für die technologieoffene Forschung und Entwicklung effizienter, sicherer, grund- und spitzenlastfähigen Energieerzeugungsträgern einzusetzen,
9. alle weiteren landespolitischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um der gegenwärtigen Inflation auf allen Ebenen entgegenzutreten,

---

<sup>10</sup> <https://www.wsj.com/articles/worlds-dumbest-energy-policy-11548807424>, 29. Januar 2019 und <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/14917166-deutschland-duemmste-energiepolitik-welt>

**BÜRGERSCHAFT  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG  
22. Wahlperiode**

Drucksache **22/  
xx.xx.2023**

10. der Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2023 zu berichten.